

Politisches Selbstverständnis der Koalition

unterzeichnet am 18.06.2021

Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zu einer **linken ÖH-Bundesvertretung** und stimmen einer sichtbaren, partizipativen, lautstarken und kritischen ÖH-Bundesvertretung zu.

Vertretungsarbeit ist politisch. Die Essenz der ÖH als politische Interessenvertretung ist es, Ungerechtigkeiten und Barrieren im Hochschulalltag der Studierenden zu erkennen und auf politischer Ebene zu bekämpfen. Dies tun wir, indem die ÖH eine unabhängige Lobbyistin für Studierende bleibt, die verlässlich agiert, das Beste für die Studierenden verhandelt und andererseits mittels eigenen Projekten und Beratungsangeboten die Studierenden direkt spürbar als Anlaufstelle unterstützt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Beratungsangebot ausgebaut und professionalisiert wird. Die ÖH stellt die Bedürfnisse der Studierenden an allererster Stelle und scheut sich nicht, bei Bedarf regierungskritisch aufzutreten. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich folglich **ausdrücklich zum allgemeinpolitischen Mandat** und setzen es sich zum Ziel, dieses aktiv zu stärken.

Bildung ist ein Menschenrecht. Es ist die Aufgabe des Staates, die Hochschulen öffentlich zu finanzieren. Hochschulbildung muss zum kritischen Hinterfragen und dem aktiven Mitgestalten der Gesellschaft befähigen und darf keine reine Berufsausbildung sein. Hochschulen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und nicht abgetrennt von dieser zu betrachten, daher sind auch gesellschaftspolitische und sozialpolitische Themen zentral für unsere Arbeit. Die hochschulpolitische Situation in Österreich wird immer dramatischer. Sie ist geprägt von Studienplatzbewirtschaftung, Leistungsdenken, Konkurrenzprinzip und der Verwertung von Bildung und Menschen. Studiengebühren und Knock-Out-Prüfungen sind Zeichen der zunehmenden Anpassung des Bildungssystems an neoliberale Mechanismen. Zugangsbeschränkungen verschlimmern die Situation noch mehr, da sie in jeder Form sozial selektiv und abschreckend sind. Aufgrund der zunehmenden Prekarisierung der Studienbedingungen, die sich vor allem in der Kürzung von Sozialleistungen bemerkbar macht, wird der Raum für kritisches Lernen und Lehren eingeschränkt. Autoritäre Krisenpolitik und Fokussierung auf elitäre Strukturen fördern die Entwicklung der Hochschulen zu einer ausgrenzenden Institution, in der Studierende immer weniger Rechte haben. All das treibt die Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen weiter voran. Von einem freien und offenen Hochschulzugang profitiert die gesamte Gesellschaft. Dennoch fehlt der politische Wille, in Bildung zu investieren und alle Menschen an Bildung teilhaben zu lassen. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zum uneingeschränkten Recht auf Bildung; unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialer Klasse und Behinderung und fordern dieses mit Nachdruck ein.

Die aktuellen gesellschaftlichen Zustände sind geprägt von Diskriminierungen. Dies betrifft die strukturelle Benachteiligung von Frauen, Lesben, Inter-, Nonbinary-, Trans- und Agender-Personen (FLINTA*)-Personen, People of Color, Migrant_innen, Personen mit Behinderungen und allen Personen, die nicht dem gesellschaftlichen Normbild entsprechen. Dies äußert sich u.a. in Sexismus, Homo*Bi*Trans*Inter*feindlichkeit, Rassismus und weiteren baulichen, strukturellen und sozialen Barrieren, sowie der grundsätzlichen Marginalisierung von gesellschaftlich Benachteiligten. Die

Koalitionsfraktionen bekennen sich daher ausdrücklich und uneingeschränkt zum allgemeinpolitischen Mandat. Dies heißt, dass wir uns nicht nur auf eine Kritik der Hochschulpolitik und Symptombekämpfung beschränken, sondern bestrebt sind, grundlegende Veränderungen der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. Die Hochschulen sind Teil der Gesellschaft und spiegeln daher deren Unterdrückungsmechanismen wider.

Wir anerkennen die **Klimakrise** als größte Herausforderung unserer Zeit. Als **ökologisch-nachhaltige ÖH** setzen wir uns für ein klimagerechtes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ein und fordern dieses aktiv. Dazu braucht Bündnisse mit den Hochschulen, der Zivilgesellschaft, NGOs und vielen weiteren zentralen Akteur_innen.

Dazu forcieren wir als ersten Schritt eine **ökologische und nachhaltige Arbeitsweise** innerhalb der ÖH. Wir bekennen uns zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und kämpfen für deren praktische Umsetzung in der Hochschulpolitik und in der Gesellschaft. Wir sehen Hochschulen und die ÖH in der Verantwortung, die Klimakrise aktiv zu bekämpfen, Konzepte zu entwickeln und diese verstärkt in den Fokus zu rücken. Dabei müssen Studierende die Bildung erhalten, um zum systemischen Kampf gegen die Klimakrise beizutragen. Wir arbeiten aktiv daran, dass die Hochschulen ihre Vorbildfunktion und ihre gesellschaftliche Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise wahrnehmen, indem sie klimaneutral werden.

Die ÖH-Bundesvertretung setzt sich für ein **demokratisches, antikapitalistisches, progressives, solidarisches und sozial gerechtes Verständnis** der Politik ein. Zudem sprechen wir uns für eine inklusive und barrierefreie, humanistische sowie emanzipatorische und antikapitalistische ÖH aus.

Wir treten **gegen jede Form der Diskriminierung** wie zum Beispiel aufgrund von Herkunft, Gender und Sex, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit, Alter, sozialem Hintergrund, finanzieller Lage oder körperlicher Behinderung und psychischer Beeinträchtigung auf. Wir sehen den **Kampf gegen Rechtsextremismus** als Teil unserer antifaschistischen Grundhaltung und kämpfen aktiv gegen Rassismus, Sexismus, Antiziganismus und Antisemitismus. Wir setzen uns aktiv auf allen Ebenen, national wie international, dagegen ein. Wir sehen uns als Teil der internationalen Studierendenbewegung.

Wir sind eine **queerfeministische ÖH** und verstehen Feminismus als Querschnittsmaterie in der eigenen Arbeit genauso wie in den gesellschaftspolitischen Forderungen und wollen Frauen, Inter-, Nonbinary-, Trans- und Agender-Personen aktiv fördern. Wir erkennen an, dass es mehr als nur zwei Gender in unserer Gesellschaft gibt und jede einzelne Person für sich selbst definieren kann und soll, wie sie verstanden werden will. Darüber hinaus verfolgen wir einen intersektionellen Ansatz, der Mehrfachdiskriminierungen thematisiert. In diesem Sinne kämpfen wir für eine gendergerechte Hochschule und versuchen mit Vorbildcharakter zu agieren. Wir lehnen Männerbünde ab und geben ihnen keine Bühne. Queer-Feminismus bedeutet für uns nicht einfach nur Chancengleichheit, sondern bestehende Geschlechterverhältnisse radikal zu hinterfragen. Der Legitimierung dieser Verhältnisse durch Naturalisierung und soziale Konstruktion gilt es entgegenzutreten. LGBTQIA+ Personen sind gegen reaktionäre Angriffe und beim Ausbau sozialer Rechte zu unterstützen. Es muss die Verbindung zwischen kontinuierlichen patriarchalen Unterdrückungsmechanismen und den ökonomischen Verhältnissen aufgezeigt und durchbrochen werden.

Solidarität bedeutet, sich politisch dort zu positionieren, wo gesellschaftlich benachteiligt wird. Deshalb ist es wichtig, solidarisch zu handeln, sich zu vernetzen sowie Positionen und Menschen zu stärken, die sich für tatsächliche Gleichberechtigung, gegen Ellenbogenmentalität und den steigenden Leistungsdruck der kapitalistischen Gesellschaft stark machen. Dazu zählt für uns auch, dass bestehende Zugangsbeschränkungen an Hochschulen abgebaut werden müssen. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass wir uns unmissverständlich und bedingungslos für ein klares

Auftreten gegen diese Verhältnisse einsetzen. Dies soll mit allen Mitteln auf allen Ebenen angestrebt werden. Insbesondere soll nicht - wie oft von der Regierung - nur Symptombekämpfung betrieben werden, sondern alles darangesetzt werden, Verschlechterungen schon im Voraus zu bekämpfen.

Es ist Aufgabe der ÖH, **Sensibilisierung** für rassistische Diskurse und Mechanismen zu fördern und Gegenstrategien zu institutionellem Rassismus zu entwerfen. Gegen neue und alte Formen des Rassismus, die Errichtung einer Festung Europas, kulturrelativistische Argumente und völkisches Denken, bestehen wir auf die Gleichheit aller Menschen sowie darauf, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Formen von Antisemitismus, Antiziganismus und antimuslimischen Rassismus.

Antifaschismus ist für uns kein Selbstzweck, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit, insbesondere was den Aufstieg reaktionärer Kräfte und die sich immer deutlicher abzeichnende Faschisierung der Gesellschaft betrifft. Dabei gilt es sowohl den Kontinuitäten des Rechtsextremismus als auch neuen Phänomenen der autoritären Krisenlösung entgegenzutreten.

Antikapitalismus beschreibt die Ablehnung einer Klassengesellschaft, die dem Großteil der Bevölkerung die Mitbestimmung über Produktionsmittel verweigert. Das kapitalistische System hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, und antikapitalistische Kritik muss daher in jedem Themenbereich berücksichtigt werden. Vor allem muss diese Kritik jedoch im Bildungsbereich mitgedacht werden, da Bildung derzeit den alleinigen Zweck der Reproduktion der bestehenden Klassenverhältnisse unterstützt. Zu bekämpfen ist auch die Ausbeutung von studentischer Arbeitskraft, die insbesondere in unbezahlten oder sehr schlecht bezahlten Pflichtpraktika von statten geht. Diese Entwicklung muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Es gilt die Ursachen der bestehenden sozialen Verhältnisse aufzuzeigen und die herrschende Produktionsweise, die nicht in erster Linie den menschlichen Bedürfnissen, sondern der Kapitalmaximierung dient, zu überwinden. Arbeitskämpfe sind kritisch zu unterstützen, dabei muss jedoch zugleich die Begrenztheit dieser Mittel im bürgerlichen Staat reflektiert werden. Antikapitalismus beschreibt für uns die Notwendigkeit der Überwindung eines gegen Menschen agierenden Systems.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Studierenden in Österreich die gleichen Rechte besitzen, egal ob EU-Studierende oder Studierende von außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. Dies umfasst auch die Unterstützung von geflüchteten Studierenden, insbesondere bei Problemen, die Aufenthalt, Anerkennung und soziale Absicherung betreffen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ÖH-Arbeit für alle Studierenden aus allen Hochschulsektoren möglich ist, unabhängig von der finanziellen und sozialen Lage.

Die Koalitionsfraktionen erkennen an, dass eine starke ÖH nur funktionieren kann, wenn die Vertretung **auf allen Ebenen der Studierendenvertretung** gestärkt wird. Wir setzen uns daher dafür ein die Hochschul- und Studienvertretungsebene zu stärken, insbesondere durch Schulungen und einen transparenten Informationsfluss. Ein konstruktiver Austausch und eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Studierendenvertreter_innen Österreichs ist unbedingt notwendig, da wir nur gemeinsam gegen die großen Herausforderungen unserer Zeit auftreten können.

Große politische Ziele erreicht man leichter, wenn man gemeinsam dafür kämpft. Dafür braucht es starke **Bündnisarbeit**. Vor allem mit anderen Interessenvertretungen, wie bspw. der GPA,

Arbeiterkammer, Jüdische Österreichische Hochschüler_innen, Hochschüler_innenschaft Österreichischer Roma und Romnja, Muslimische Österreichische Hochschüler_innen, sollen gemeinsame Forderungen erarbeitet und an die Öffentlichkeit getragen werden. Das betrifft bspw. den Bereich der unbezahlten Pflichtpraktika oder die finanzielle Absicherung von Studierenden.

Die Koalitionsfraktionen einigen sich auf eine konsensuale und transparente Zusammenarbeit, in welcher ein respektvoller und vertrauensvoller Umgang gepflegt wird. Insbesondere der Wissenstransfer zwischen den aktiven Personen der vergangenen und zukünftigen Exekutiven ist uns ein wichtiges Anliegen - auch zwischen der kurzen Zeit einer zweijährigen Funktionsperiode darf in der Vertretungsarbeit nichts verloren gehen. Alle interessierten Studierenden, die unsere Grundsätze gemäß des Koalitionsvertrags vertreten, unabhängig ob in einer Fraktion tätig oder nicht, sind herzlich willkommen die Arbeit der ÖH-Bundesvertretung mitzugestalten. Die tägliche Arbeit der ÖH-Bundesvertretung ist eine Arbeit von, für und mit Studierenden. Dementsprechend wird versucht, möglichst viele Studierende an der ÖH-Arbeit teilhaben zu lassen. Hierfür ist notwendig, dass die ÖH für Studierende leicht zugänglich ist.